S 9 V 18/93

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung 15 Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren einkommensabhängige Leistungen

rückwirkende Neuberechnung

Bausparzinsen

Leitsätze Zu den Anforderungen an die

rückwirkende Neuberechnung der einkommensabhängigen Leistungen einschließlich Rückforderung des Überzahlungsbetrages (hier: wegen unzutreffender Verneinung des Erhalts

von

Bausparzinsen im

Einkommensfragebogen).

Normenkette BVG § 33

BVG § 40 a SGB X § 45 SGB X § 48 SGB X § 50

1. Instanz

Aktenzeichen S 9 V 18/93 Datum 29.11.1996

2. Instanz

Aktenzeichen L 15 V 21/97 Datum 28.05.1998

3. Instanz

Datum -

I. Auf die Berufung des Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 29.11.1996 aufgehoben und die Klage gegen den Bescheid vom 26.01.1993 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 22.03. 1993 abgewiesen.

- II. AuA

 ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist es streitbefangen, ob der Beklagte die einkommensabh \tilde{A} \times ngigen Leistungen der zwischen dem 08.12. und 10.12.1997 verstorbenen \hat{a}_{\parallel} (K.) ab 01.01.1984 zu Recht neu berechnet und die festgestellte \tilde{A}_{\parallel} berzahlung in H \tilde{A}_{\parallel} ne von DM 5.026,- zur \tilde{A}_{\perp} 4ckgefordert hat.

K. hat nach ihrem am 19.05.1946 verstorbenen Ehemann Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) bezogen (Grundrente It. Bescheid vom 28.11.1952; Ausgleichsrente lt. Bescheid vom 30.06.1969; Schadensausgleich lt. Bescheid vom 05.08.1970). Mit Bescheid vom 19.09.1983 gewÄxhrte ihr der Beklagte eine Kapitalabfindung in Höhe von DM 30.024,- zum Zwecke der Auffüllung eines Bausparvertrages, die er an die Bausparkasse Wüstenrot überwies. In den folgenden Einkommensfragebögen vom 07.02.1984, vom 24.07.1986, vom 06.02.1989 und vom November 1989 verneinte K. jeweils den Erhalt von Bausparzinsen. Im Einkommensfragebogen vom 24.07.1986 gab sie allerdings an, nunmehr Eigentümerin eines Einfamilienhauses mit einem Einheitswert von DM 7.400,- zu sein. Im Einkommensfragebogen vom November 1991 gab sie erstmals an, DM 1.207,97 an Zinsen aus ihren BausparvertrĤgen erhalten zu haben. Im Anschlu̸ daran forderte der Beklagte ihre Kontoauszüge der Bausparkasse Wüstenrot an und stellte fest, die hieraus erzielten Zinsen hÃxtten ab 01.01.1984 über dem Freibetrag gelegen und seien damit anrechenbares Einkommen. Nach AnhĶrung der KlĤgerin nahm er daraufhin mit Bescheid vom 26.01.1993 seine Bewilligungsbescheide mit Wirkung ab 01.01. 1984 zurýck und rechnete die Bausparzinsen der K. sowohl auf die Ausgleichsrente als auf den Schadensausgleich rückwirkend an. Er stützte sich dabei auf die §Â§ 45 und 48 des Sozialgesetzbuchs â∏∏ Zehntes Buch â∏∏ (SGB X) und stellte fest, die KIägerin habe den insgesamt zuviel gezahlten Betrag in Höhe von DM 5.026,nach <u>§ 50 SGB X</u> zu erstatten.

In ihrem Widerspruch hiergegen brachte die K. vor, sie habe die Anrechenbarkeit der Zinseink \tilde{A}^{1}_{4} nfte nicht gekannt und ihr h \tilde{A} xtten diese Eink \tilde{A}^{1}_{4} nfte auch nicht tats \tilde{A} xchlich zur Verf \tilde{A}^{1}_{4} gung gestanden. Sie genie \tilde{A} e daher Vertrauensschutz, so da \tilde{A} eine r \tilde{A}^{1}_{4} ckwirkende Anrechnung nicht gerechtfertigt sei. Mit Widerspruchsbescheid vom 22.03.1993 wies der Beklagte dieses Vorbringen als unbehelflich zur \tilde{A}^{1}_{4} ck.

In ihrer Klage zum dagegen angerufenen Sozialgericht Landshut hat K. im wesentlichen vorgebracht, die Anrechnung von Zinsen aus einer Kapitalabfindung sei unzul \tilde{A} xssig und der Beklagte habe zudem die Jahresfrist aus \hat{A} 45 Abs.4 Satz 2 SGB X vers \tilde{A} xumt, weil er keine Nachforschungen \tilde{A} 4ber die H \tilde{A} 9he der Zinseink \tilde{A} 4nfte angestellt habe.

Mit Urteil vom 29. November 1996 hat das Sozialgericht die angefochtenen Entscheidungen des Beklagten insoweit aufgehoben, als eine Zinsanrechnung von Januar 1984 bis Februar 1993 vorgenommen worden sei. In den UrteilsgrÃ⅓nden ist es davon ausgegangen, daà die Anrechnung von ZinseinkÃ⅓nften auf die einkommensabhängigen Leistungen zwar zulässig sei, der Beklagte jedoch die

Jahresfrist nach $\frac{\hat{A}\S}{45}$ Abs.4 Satz 2 SGB X vers \tilde{A} wumt habe. Der Beklagte h \tilde{A} wtte aufgrund der gew \tilde{A} whrten Kapitalabfindung n \tilde{A} mlich wissen m \tilde{A} sen, da \tilde{A} die K. Bausparzinsen erziele, was f \tilde{A} den Fristbeginn ausreiche. Auch eine schuldhafte Unkenntnis des Beklagten reiche im \tilde{A} brigen aus, die Frist in Lauf zu setzen, so da \tilde{A} eine r \tilde{A} ckwirkende Neuberechnung unzul \tilde{A} ssig sei.

Seine dagegen eingelegte Berufung hat der Beklagte im wesentlichen damit begründet, daÃ \Box er erst mit Eingang des Einkommensfragebogens am 27.01.1992 Kenntnis von Zinseinkünften erlangt habe und mit Eingang der Kontoauszüge der Bausparkasse am 24.02.1992 von deren Höhe. Erst ab Februar 1992 habe daher die Jahresfrist des § 45 Abs.4 Satz 2 SGB X zu laufen begonnen, so daÃ \Box der Bescheid vom 26.01.1993 noch innerhalb dieser Frist ergangen sei. Ein bloÃ \Box es "Erkennenkönnen" reiche nicht aus, die Frist in Gang zu setzen und der Beklagte sei auch nicht verpflichtet gewesen, über die Einkommensfragebögen hinaus weitere Nachforschungen anzustellen. In diesen Einkommensfragebögen habe die K. jedoch den Bezug von Bausparzinsen stets verneint, so daÃ \Box ihr auch kein Vertrauensschutz zustehe.

Der Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Lanshut vom 29.11.1996 aufzuheben und die Klage gegen den Bescheid vom 26.01.1993 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 22.03.1993 abzuweisen.

Die KlĤgerinnen beantragen,

die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 29.11.1996 zurĽckzuweisen.

Beigezogen und Gegenstand der m \tilde{A}^{1}_{4} ndlichen Verhandlung waren die Versorgungsakten des Beklagten sowie die Akte des vorangegangenen Sreitverfahrens vor dem Sozialgericht Landshut. Zur Erg \tilde{A} 2 nzung des Sachverhalts wird auf den gesamten \tilde{A}^{1} 4 brigen Inhalt diese Akten sowie auf die Schrifts \tilde{A} 2 zte der Beteiligten verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des Beklagten ist nach $\frac{\hat{A}\S}{143}$ des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) statthaft; einer Zulassung der Berufung nach $\frac{\hat{A}\S}{144}$ Abs.1 Satz 1 SGG i.d.F. des Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege vom 11.01.1993 hat es im Hinblick auf Satz 2 dieser Vorschrift nicht bedurft. Das Rechtsmittel ist form- und fristgerecht eingelegt ($\frac{\hat{A}\S}{151}$ SGG), damit insgesamt zul \tilde{A} xssig und erweist sich auch als begr \tilde{A} 1/4ndet.

Nach \hat{A} § 45 Abs.1 SGB X darf ein beg \tilde{A} ½nstigender, rechtswidriger Verwaltungsakt auch nach seiner Unanfechtbarkeit unter den Einschr \tilde{A} xnkungen der Abs.2 bis 4 ganz- oder teilweise mit Wirkung f \tilde{A} ½r die Zukunft oder f \tilde{A} ½r die Vergangenheit zur \tilde{A} ½ckgenommen werden.

Nach ŧ 45 Abs.2 SGB X darf ein rechtswidriger begýnstigender Verwaltungsakt nicht zurýckgenommen werden, soweit der Begþnstigte auf den Bestand des Verwaltungsaktes vertraut hat und sein Vertrauen unter Abwägung mit dem öffentlichen Interesse an einer Rücknahme schutzwÃ⅓rdig ist. Das Vertrauen ist in der Regel schutzwÃ⅓rdig, wenn der Begünstigte erbrachte Leistungen verbraucht oder eine Vermögensdisposition getroffen hat, die er nicht mehr oder nur unter unzumutbaren Nachteilen rÃ⅓ckgängig machen kann. Auf Vertrauen kann sich der Begünstigte nicht berufen, soweit 1. er den Verwaltungsakt durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung erwirkt hat, 2. der Verwaltungsakt auf Angaben beruht, die der Begünstigte vorsätzlich oder grob fahrlässig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig gemacht hat oder 3. er die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte; grobe Fahrlässigkeit liegt vor, wenn der Begþnstigte die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem MaÃ∏e ver letzt hat.

Nach <u>§ 45 Abs.3 Satz 3 SGB X</u> kann ein rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakt bis zum Ablauf von 10 Jahren nach seiner Bekanntgabe zurückgenommen werden, wenn 1. die Voraussetzungen des Abs.2 Satz 3 Nr.2 oder 3 gegeben sind oder 2. der Verwaltungsakt mit einem zulässigen Vorbehalt des Widerrufs erlassen wurde.

Nach <u>§ 45 Abs.4 SGB X</u> wird nur in den Fällen des Abs.2 Satz 3 und Abs.3 Satz 2 der Verwaltungsakt mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen. Die Behörde muÃ☐ dies nach § 45 Abs.4 Satz 2 innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen tun, welche die Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsaktes für die Vergangenheit rechtfertigen.

Rechtsgrundlage für die Anrechnung von Kapitalerträgen auf die einkommensabhängigen Leistungen ist § 14 Abs.1 der Ausgleichsrentenverordnung i.V.m. § 12 der Berufsschadensausgleichsverordnung und § 1 Abs.3 Ziff.2 der Ausgleichsrentenverordnung.

Auf Vertrauen im Sinne des § 45 Abs.2 Satz 2 hat sich die K. nicht berufen können, da die Leistungsgewährung des Beklagten auf Angaben beruht hat, die K. grob fahrlÃxssig in wesentlicher Beziehung unvollstÃxndig gemacht hatte (§ 45 Abs.2 Satz 3 Nr.2 SGB X). In den EinkommensfragebA¶gen vom 07.02.1984, vom 24.07. 1986, vom 06.02.1989 und vom November 1989 hatte sie nĤmlich jeweils den Bezug von Bausparzinsen ausdrÄ1/4cklich verneint, obwohl ihr die Zinsen regelmäÃ∏ig gutgeschrieben worden sind. Keine Rolle spielt es dabei, ob ihr diese ErtrĤge zum Lebensunterhalt zur Verfļgung gestanden haben oder lediglich auf dem Bausparkonto gutgeschrieben worden sind, da die Frage der Anrechenbarkeit durch den Beklagten zu überprüfen ist und der Versorgungsberechtigte durch seine Unterschrift bestätigt, daÃ∏ seine Angaben richtig und vollständig sind. Inwieweit der Beklagte noch dar A¼ber hinaus weitere Ermittlungen h Axte anstellen mýssen, ist nicht nachvollziehbar. Dem Sozialgericht kann insoweit nicht gefolgt werden, da allein die GewÄxhrung einer Kapitalabfindung nicht hierzu verpflichtet und die K. im übrigen durch die Vorlage des Einheitswertbescheides vom 11.07.1985 die Verwendung von Bausparguthaben dargetan hat, und damit

auch möglicherweise die Verwendung der Kapitalabfindung. Es braucht hier nicht entschieden zu werden, ob ein "Kennenmýssen" des Beklagten die Anwendung von <u>§ 45 Abs.2 Satz 3 Nr.2 SGB X</u> ausgeschlossen hätte, da jedenfalls kein AnlaÃ☐ dafür bestanden hat, weitere Nachforschungen anzustellen. In der Person der K. liegende Umstände, die etwa ein grob fahrlässiges Verschweigen ihrer Bausparzinsen ausschlieÃ☐en würden, sind weder dargetan noch erkennbar.

Da sohin ein Vertrauensschutz nach $\frac{\hat{A}\S}{45}$ Abs.2 Satz 3 Nr.2 SGB X ausgeschlossen ist, hat der Beklagte seine entsprechenden Bewilligungsbescheide nach $\frac{\hat{A}\S}{45}$ Abs.3 Satz 3 Nr.1 SGB X bis zum Ablauf von 10 Jahren zur \hat{A}^{1} 4cknehmen k \hat{A} ¶nnen.

Entgegen der Auffassung des Sozialgerichts hat der Beklagte auch die Jahresfrist des <u>§ 45 Abs.4 Satz 2 SGB X</u> nicht versĤumt, weil er positive Kenntntis von den ZinsertrĤgen der K. erst mit Eingang der Kontoauszýge der Bausparkasse Wüstenrot am 24.02.1992 erlangt hat. Dies gilt insbesondere deshalb, weil im Hinblick auf den Freibetrag aus § 11 Abs.2 der Ausgleichsrentenverordnung auch die Kenntnis von der Höhe der Zinseinkünfte erforderlich ist und der Bescheid vom 26.01.1993 damit noch innerhalb der Jahresfrist liegt. Wenn das Sozialgericht hierzu die Auffassung vertreten hat, durch eine schuldhafte Unkenntnis des Beklagten von den Zinseinkünften sei die Frist verstrichen gewesen, ist hierzu auf das zum Vertrauensschutz Gesagte zu verweisen und ist insbesondere kein Zeitpunkt erkennbar und vom Sozialgericht dargetan, ab dem die Frist aus <u>§ 45 Abs.4 Satz 2 SGB X</u> etwa zu laufen begonnen haben könnte.

Auch soweit der Beklagte seinen Bescheid zugleich auf <u>ŧ 48 SGB X</u> gest<u>Ã</u>¹/₄tzt hat, ist dies nicht zu beanstanden. Nach dieser Vorschrift ist bei einer wesentlichen <u>Ã</u> nderung der Verh<u>Ã</u> thisse ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung mit Wirkung f<u>Ã</u> die Zukunft aufzuheben (<u>§ 48 Abs.1 Satz 1 SGB X</u>); mit Wirkung vom Zeitpunkt der <u>Ã</u> nderung kann dies jedoch erfolgen, soweit der Betroffene einer durch Rechtsvorschrift vorgeschriebene Pflicht zur Mitteilung wesentlicher f<u>Ã</u> ihn nachteiliger <u>Ã</u> nderungen der Verh<u>Ã</u> kltnisse vors<u>Ã</u> ktzlich oder grob fahrl<u>Ã</u> kssig nicht nachgekommen ist (<u>§ 48 Abs.1 Satz 2 Nr.2 SGB X</u>). Auch diese Voraussetzungen liegen im Ergebnis vor, wobei der Beklagte hinreichende Ermessenserw<u>Ã</u> gungen dazu angestellt hat, warum er im vorliegenden Fall eine Korrektur der fr<u>Ã</u> heren Bescheide (<u>§ 45 SGB X</u>) f<u>Ã</u> r geboten gehalten hat. Die Neufeststellung mit R<u>Ã</u> kckwirkung (<u>§ 48 SGB X</u>) betraf keinen atypischen Fall, so da<u>Ã</u> insoweit Ermessenserw<u>Ã</u> gungen nicht veranla<u>Ã</u> twaren (vgl. BSG SozR 1300 Nr.22 zu <u>§ 48 SGB X</u>)

Die angefochtenen Bescheide sind daher im Ergebnis nicht zu beanstanden, so daÄ∏ auf die Berufung des Beklagten das sozialgerichtliche Urteil aufzuheben war.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â§ 183</u>, <u>193 SGG</u> sowie dem Umstand, daà die Klage ohne Erfolg geblieben ist.

Gründe für die Zulassung der Revision im Sinne des § 160 Abs.2 Nrn.1 udn 2 SGG liegen nicht vor, weil die Rechtssache weder grundsätzliche Bedeutung hat noch der Senat von einer Entscheidung des Bundessozialgerichts, des

Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtsh $\tilde{A}\P$ fe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht.

Erstellt am: 15.03.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024